

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
Österreichischen Universitäten
Projekt Institut für Internationale Entwicklung /
Zentrum für überfakultäre Forschung der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer,
Margit Franz, Irmi Hanak,
Franz Kolland (verantwortl.), René Kuppe, Brita Neuhold,
Andreas Novy, Herwig Palme,
Christof Parnreiter, Kunibert Raffer,
Andreas Schedler, Walter Schicho,
Anselm Skuhra, Sandra Zech

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig),
Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),
Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),
Helmuth Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),
Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),
Dieter Rothmund (Heidelberg),
Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),
Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse: **<http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>**

Gefördert aus öffentlichen Mitteln

Österreichische

Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft 2/2001; XVII. Jg.

Preis des Einzelhefts: DM 19,80 / öS 120,- / sFr 21,-

Preis des Jahresabonnements: DM 79,- / öS 480,- / sFr 72,-

Abonnementbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:

Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.

Abonnementbezug nur für Österreich:

Südwind-Buchwelt Buchhandelsbes. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien

Redaktionsadresse:

Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien

E-mail: int-entwicklung@univie.ac.at

1. Auflage 2001

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33,

D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg

Druck: Difo-Druck OHG, Bamberg, Deutschland

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISSN 0258-2384

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVII. Jg., Heft 2, 2001

Austrian Journal of Development Studies

Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit – Überlegungen zur Repolitisierung der Zivilgesellschaft

Schwerpunktredakteur: Andreas Novy

Editorial 117

Artikel

Andreas Novy

Die Beziehung von Theorie und Praxis: Zivilgesellschaft, Nicht-Regierungsorganisationen und Entwicklungszusammenarbeit 119

Michael Obrovsky

Standortbestimmung der entwicklungspolitischen NGOs in Österreich 139

Andreas Novy und Silvia Nossek

Wisse, was du tust – Reflexionsfähigkeit als entwicklungspolitische Schlüsselkompetenz 143

Kommentare

Helmuth Hartmeyer

Wisse, was du tust – und tue es mit Bedacht 165

Eva Klawatsch-Treitl

Tu, was du willst! Reflexionen über Schlüsselkompetenzen 169

Alexandra Strickner

Auf der Suche nach einer umfassenden Professionalität 175

Petra Purkarthofer

„Die Gesellschaft, die sich organisiert“ als Utopie demokratischer
Machtverweigerung 181

Joachim Becker

Der progressive erweiterte Staat:
Zivilgesellschaft, Lokalstaat und partizipatives Budget in Porto Alegre . 193

Karin Küblböck

ATTAC – Potential für gesellschaftliche Veränderung oder Domesti-
zierung von Konflikten? 201

Rezension 211

Über Autoren und Autorinnen 215

Informationen für Autoren und Autorinnen 216

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 117–118

Editorial

Diese Nummer des Journals für Entwicklungspolitik (JEP) nimmt eine Standortbestimmung einer wichtigen entwicklungspolitischen Akteurin vor: der Zivilgesellschaft – und im engeren Sinne der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NROs). Es ist gerade in Zeiten der Krise und des Übergangs, dass grundlegende Überlegungen und Rückbesinnungen auf die eigene Identität von großer Bedeutung sind. Im Falle der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft ist diese Krise als Sinn- und Identitätskrise ideell, und als Finanzkrise materiell deutlich spürbar. Aus diesem Grunde benötigt eine derartige Reflexion Platz. Das JEP trägt dem Rechnung, indem es diesem Thema eine ganze Nummer widmet. Darüber hinaus organisiert der Träger des JEP, der „Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik“, zusammen mit österreichischen entwicklungspolitischen NROs einen Reflexionsprozess. Die Zivilgesellschaft als ein sozialer Raum der Kommunikation wird genutzt, um die entwicklungspolitische Diskussion zu beleben und der Praxis neue Perspektiven aufzuzeigen. Die zentrale Absicht all dieser umfassenden Bemühungen ist es, den Diskurs zu entfachen, kontroverse Diskussionen auszulösen und Raum zum gemeinsamen Lernen und Reflektieren zu schaffen. Das JEP nutzt somit mit dieser Nummer über Zivilgesellschaft die Zivilgesellschaft als Raum der Kommunikation. Eine eigene Veranstaltung, die „Entwicklungs-Tagung 2001“ im Oktober in Salzburg wird hierbei eine wichtige Rolle spielen, indem sie einen ersten Höhepunkt dieses Reflexionsprozesses darstellen wird.

In diesem Heft gruppieren sich die einzelnen Beiträge um drei Themenkomplexe. Es wird dabei, wie dies in vielen renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften üblich ist, innerhalb des Heftes ein Dialog praktiziert, soweit dies die monologische Grundstruktur einer Zeitschrift zulässt. Die AutorInnen treten innerhalb des Heftes, und hoffentlich darüber hinaus, miteinander in Diskussion.

Der einleitende Artikel von Andreas Novy beschäftigt sich mit dem Einfluss der Theorie auf die Praxis der EZA. Anhand von drei Beispielen wird gezeigt, wie wichtig Theoriebildung für die Praxis der EZA ist. Am Beispiel einer Begriffsklärung von „Zivilgesellschaft“ und „NRO“ wird gezeigt, dass praktische Probleme und Unklarheiten oftmals ihre Wurzeln in theoretischen Ungereimtheiten haben. Am Beispiel des Zusammenhangs von Theorie und Praxis wird gezeigt, wie die liberale Entwicklungstheorie im Gefolge der konservativen Wende immer stärker handlungs- und politikbestimmend wurde. Begriffe wie „Treffsicherheit“ und „Armutsbekämpfung“ gehen in die Praxis der EZA ein und gewinnen eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit und Akzeptanz. Michael Obrovsky konkretisiert dies im folgenden anhand der österreichischen Entwicklung.

Karin Küblböck

ATTAC – Potential für gesellschaftliche Veränderung oder Domestizierung von Konflikten?

Der vorliegende Artikel beschreibt im ersten Teil die Entstehungsgeschichte von ATTAC als Beispiel für eine neue Bewegung der internationalen Zivilgesellschaft und geht auf die politökonomischen Voraussetzungen für die Gründung und die schnelle Verbreitung ein. Der zweite Teil beleuchtet Chancen und Herausforderungen für neue zivilgesellschaftliche Bewegungen allgemein und ATTAC im speziellen.

1. „Die Märkte entwaffnen“ – ATTAC gründet sich selbst

Als Ignacio Ramonet, der Chefredakteur der französischen Monatszeitschrift „Le Monde Diplomatique“, im Dezember 1997 in seinem Leitartikel „Désarmes les Marchés“¹ die Gründung einer Bewegung zur Regulierung der Finanzmärkte vorschlug, hatte niemand mit dem überwältigenden Echo gerechnet, das dadurch ausgelöst wurde.

Hunderte Briefe und Anrufe trafen in der Redaktion ein, die Ramonets Vorschlag unterstützten, und die wissen wollten, wie man denn dieser Bewegung beitreten könne. Zu Beginn des Jahres 1998 wurde ATTAC, die „Association pour une Taxation des Transactions financières à l'Aide aux Citoyens“ (Verein zur Besteuerung der Finanztransaktionen zugunsten der Bürger) auch wirklich ins Leben gerufen und erfreute sich binnen kürzester Zeit regen Zulaufs und eines immer größer werdenden Bekanntheitsgrades.

Am ersten Jahrestag hatte ATTAC in Frankreich bereits 10.000 Mitglieder, mittlerweile sind es 30.000. Es gibt Regionalgruppen in 130 französischen Gemeinden. Bedeutende Unterstützung fand ATTAC in Frankreich vor allem von der Gewerkschaftsbewegung.

Die Bewegung machte nicht an den französischen Grenzen halt. ATTAC ist heute in 30 Ländern vertreten, Tendenz steigend. Vor allem in den skandinavischen Ländern war die Gründung von ATTAC Anfang 2001 ein fulminanter Medien- und Publikumerfolg. Der Start von ATTAC war in Schweden in allen Schlagzeilen, zur Gründungsveranstaltung kamen weit über 1000 Menschen, die nicht mehr alle in die Säle passten. Die OrganisatorInnen waren von diesem Erfolg überwältigt, in jedem Sinne.

In Österreich präsentierte sich ATTAC im November 2000 der Öffentlichkeit. Auch hier ist der Zuspruch groß, nach wenigen Monaten zählte ATTAC bereits an die 1000 UnterstützerInnen und 200 Mitglieder. Auch die regionale Verbrei-

Bücher, Musik, Zeitschriften für diese eine Welt

zweimal für Wien

Wien 7., Mariahilfer Straße 8
weltmusik@suedwind.at

Wien 9., Schwarzschanierstraße 15
buchwelt@suedwind.at

einmal für den Rest der Welt

Versand: A-1034 Wien, Postfach 90
versand@suedwind.at



Südwind-Buchwelt BuchhandelsGmbH

Tel.: +43-1-798 83 49, Fax: +43-1-798 83 75

www.suedwind.at

SÜDWIND

tung erfolgt rasant – in allen Bundesländern gibt es bereits Regionalgruppen bzw. sind diese in Vorbereitung.

Bekannt wurde ATTAC vor allem mit der Forderung nach der Einführung einer Tobinsteuer, also einer Steuer auf Devisentransaktionen. Diese Steuer schlug der Ökonomie-Nobelpreisträger James Tobin 1978 vor, noch unter dem Eindruck der Aufgabe des Bretton Woods-Systems der fixen Wechselkurse. Ziel der Steuer soll es sein, „Sand ins Getriebe“ der Devisenspekulation zu streuen und damit die Wechselkurse zu stabilisieren. Die Forderungen und die Arbeit von ATTAC beschränken sich jedoch nicht auf die internationalen Finanzmärkte. Weitere Forderungen von ATTAC sind eine Abschaffung der Steuerparadiese, eine Erhaltung des öffentlichen Pensionssystems, eine höhere Vermögensbesteuerung, Entschuldung für arme Länder sowie eine Demokratisierung der internationalen Organisationen.²

2. Die Diagnose

In fast allen Ländern sind die InitiatorenInnen von ATTAC vom Erfolg und Geschwindigkeit der Ausbreitung überwältigt. ATTAC trifft mit seinen Forderungen offensichtlich einen Nerv, in einer Zeit, in der sich der neoliberale Diskurs des wohlstandbringenden freien Marktes durchgesetzt zu haben scheint. Der große Zulauf zu ATTAC fügt sich in eine Entwicklung ein, wo beginnend mit den Protesten gegen das MAI, und vor allem mit den Protesten bei der WTO-Tagung in Seattle eine internationale vernetzte zivilgesellschaftliche Bewegung in einer größeren Öffentlichkeit erstmals als Akteurin wahrgenommen wird.

Die Ausbreitung einer internationalen zivilgesellschaftlichen Bewegung muss in Zusammenhang mit dem Ende des sogenannten „Goldenen Zeitalters“ der Nachkriegszeit gesehen werden, das mit der Bezeichnung Fordismus Eingang in die politökonomische Diskussion gefunden hat. Die Vorstellung, das Kapital einer sozialen Kontrolle zu unterwerfen und ihm bestimmte Eingeständnisse wie Sozialleistungen oder ArbeitnehmerInnenenschutz abzurufen, wurde durch die neoliberale Gegenrevolution, die in den 1980er Jahren begann und durch die fortschreitende Liberalisierung v.a. der Kapitalmärkte in den 1990er Jahren ihre Fortsetzung fand, hinweggefeht. Durch den Zusammenbruch des Realsozialismus gelang es überdies, den Neoliberalismus als soziales Projekt durchzusetzen, indem die Ideologie des freien Marktes als einzige Alternative und als unumkehrbares Naturgesetz in den Köpfen der Menschen verankert wurde. Die Hegemonie dieses Diskurses wird deutlich, indem alles, was die Kapitalakkumulation bremst, wie z.B. Sozialleistungen oder öffentliches Eigentum, als gesellschaftliche Belastung präsentiert wird. Kapitalinteressen (einer Minderheit) werden so erfolgreich als Allgemeininteresse (einer Mehrheit) dargestellt – man kann im Sinne Gramscis von einem „aktiven Konsens der Regierten“ sprechen.

Durch die Liberalisierungsmaßnahmen zwischen und innerhalb der Staaten hat sich der (Handlungsspiel-)Raum für Kapital sowohl stark ausgeweitet als

auch vertieft. Die fortschreitende „innere Landnahme“ (Rosa Luxemburg) zeigt sich in der Ausdehnung der Warensphäre auf immer mehr gesellschaftlich notwendige Bereiche und Aktivitäten, wie Bildung, Gesundheit, Pensionen, Wasser – bis hin zur Privatisierung der Umweltverschmutzung durch Emissionszertifikate.

Die Regierungen der führenden Industriestaaten sind wichtige Akteure bei der Voranbringung des neoliberalen Projektes. Mit politischer Resignation wird auf negative Auswirkungen der „naturgegebenen“ Globalisierung reagiert; der Wohlfahrtsstaat wird vom Wettbewerbsstaat abgelöst (Hirsch 1995), in dem Standorticherung ein Synonym für die Gewährung von bestmöglichen Bedingungen für Investoren ist – zulasten der Allgemeinheit. Eine logische Folge – oder sogar Voraussetzung – dieser Entwicklung ist die Aushöhlung von demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Verlagerung von Entscheidungsebenen nach „oben“ zu undemokratischen, nicht (ab)wählbaren Gremien wie z.B. der WTO oder dem EU-Ministerrat.

Ein bedeutendes Merkmal des postfordistischen Entwicklungsmodells ist, dass die Gewinne, auch von nicht-finanziellen Unternehmen, zunehmend im Finanzsektor realisiert werden, wo sie kaum besteuert werden, bzw. sich der Besteuerung relativ leicht entziehen können. Dabei fällt die Verbindung von hohen Gewinnen mit gleichzeitig niedrigen Investitionsraten auf (Stockhammer 2000: 49; zu den Ursachen siehe ebenda). Das post-fordistische Entwicklungsmodell führt somit zu einer noch nie dagewesenen Konzentration von Ressourcen in den Händen einer dadurch immer mächtiger werdenden Minderheit.

In diesem Punkt liegt aber auch ein wesentliches Krisenpotential dieses Entwicklungsmodells: Im Vergleich zum fordistischen Modell der Nachkriegszeit, das auf Massenproduktion und Massenkonsum basierte, und einen Wohlstandszuwachs der (männlichen) Bevölkerung in den Industrieländern mit sich führte, ist es in diesem finanzsektorgeleiteten Modell eine viel kleinere Gruppe, die davon profitiert. Immer mehr Menschen zählen zu den VerliererInnen des Systems.

3. Die Form neuer Politik: Internationalisierung der Zivilgesellschaft

Die Artikulation von Forderungen auf internationaler Ebene ist ein Zeichen für veränderte politische Handlungsmuster in Zeiten der Globalisierung. Sieht man im Sinne Gramscis Zivilgesellschaft als erweiterten Staat, erscheint es als logischer Schritt, dass sich bei einer Internationalisierung der Politik und Wirtschaft auch die zivilgesellschaftlichen Handlungsformen anpassen.

Es darf in diesem Zusammenhang allerdings nicht übersehen werden, dass Kräfteverhältnisse und Einflussmöglichkeiten auf internationaler Ebene noch ungleicher verteilt sind als auf nationaler Ebene. Abgesehen von fehlenden formalen demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten, steht der Einfluss, den etwa große Konzerne auf die WTO-Abkommen haben, in keiner Relation zu jenem zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Der Nationalstaat bleibt daher weiterhin ein wichtiger Adressat für zivilgesellschaftliche Forderungen. Erstens verfügt der Nationalstaat über das wirksamste Gewaltmonopol, sowie über das Monopol der Geld- und Wechselkurspolitik³. Zweitens wird internationale Politik sehr stark ausgehend von nationalen Interessen gemacht, sowohl innerhalb der EU als auch innerhalb von internationalen Organisationen⁴.

Nichtregierungsorganisationen in Industrieländern kritisierten bisher neoliberale Wirtschaftspolitik vor allem in Form von IWF-Strukturanpassungsprogrammen in Ländern des Südens. Diese Länder sind jedoch selbst für politisch interessierte Menschen im Norden oft zu weit weg, um Betroffenheit und Engagement hervorzurufen. Die neuen Bewegungen der Zivilgesellschaft arbeiten mit dem Selbstverständnis, Teil eines „Global South“⁵ zu sein, und beginnen die Arbeit und die Kritik im eigenen Land, und haben so die Chance, eine breitere Basis, angefangen von Gewerkschaften, über wissenschaftliche, kirchliche, soziale Organisationen als Verbündete zu gewinnen.

4. Wider die Alternativenlosigkeit: „Eine andere Welt ist möglich“

Die Wahlgewinne sogenannter linker Parteien während der 90er Jahre waren Ausdruck einer Unzufriedenheit mit der neoliberalen Politik und lassen auf gewisse Risse im neoliberalen Konsens schließen. Doch statt ein alternatives Politikmodell umzusetzen, beschränkten sie sich fast durchwegs darauf, den Wirtschaftsliberalismus mittels Fürsorgepolitik sozial abzufedern. Die Folge ist eine Ermüchterung über das politische System allgemein und die über das politische Spektrum hinweg praktizierte einheitliche liberale Politik.

Der Wille, dieser Alternativenlosigkeit und der fehlenden demokratischen Mitbestimmung etwas entgegenzusetzen, sowie der Verlust der gemeinschaftsbildenden Funktion der politischen Parteien sind Gründe für den großen Zulauf, den neue zivilgesellschaftliche Bewegungen wie ATTAC erhalten.

Als erste internationale Bewegung thematisiert ATTAC die Finanzmärkte als Kern des postfordistischen Entwicklungsmodells und stellt die Unumkehrbarkeit und Alternativenlosigkeit der neoliberalen Globalisierung in Frage. Die Finanzmärkte werden in der aktuellen politischen Debatte als „objektive“ Rahmenbedingungen dargestellt – sie „bestrafen“ innen nicht genehme politische Entscheidungen. ATTAC „enttabuisiert“ die Finanzmärkte als einen politisch gestaltbaren Bereich des Wirtschaftssystems.

Die Kritik und die Vorschläge, die ATTAC bringt, sind nicht neu; es wird vielmehr versucht, gemeinsam mit anderen Bewegungen, ExpertInnenwissen für eine breitere öffentliche Diskussion aufzubereiten, und so „ökonomische Alphabetisierungsarbeit“ zu betreiben.

Die Chance, die mit der neuen internationalen zivilgesellschaftlichen Bewegung einhergeht, ist die Schaffung eines alternativen Diskurses und einer alternativen Öffentlichkeit. Gesellschaftskritik kann so als Grundlage für eine

emanzipatorische Praxis Terrain zurückgewinnen. Dies wäre ein erster Schritt in Richtung einer Verschiebung der derzeitigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, und eine Voraussetzung für eine Veränderung.

Die Stigmatisierung der internationalen Zivilgesellschaft als „Globalisierungsgegner“ und wenn möglich als „gewaltbereit“ und „gefährlich“ zeugt vom Kampf um dieses diskursive Terrain. Welches Bild die Protagonisten des Neoliberalismus von den neuen zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu zeichnen versuchen, zeigen die Ausführungen des Präsidenten des Bundes der Deutschen Industrie Michael Rogowski (Frankfurter Rundschau, 12.3.2001):

Der Protest gegen die Globalisierung ist ebenso global organisiert wie die Kapital- und Handelsströme, die für die *vermeintlichen* Übel der Globalisierung verantwortlich gemacht werden. Angeführt wird der Protest von einer weltweiten bunten Bewegung (...) was sie alle eint, ist die perfekte Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik. Das weltweite Netz ist ihre Buschtrommel (...) Eine Bewegung, die es schafft, Konferenzen der großen multilateralen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen empfindlich zu stören (...) ist ein „Global Player“ der Weltwirtschaft (...) die NGOs haben sich *angeblich* keine Eigeninteressen auf die Fahne geschrieben, sondern Werte und Ideale. Das macht sie attraktiv für eine Öffentlichkeit, die zum Populismus und zum Schwarz-Weiß-Denken tendiert. (Hervorhebungen hinzugefügt, KK.)

5. Herausforderungen

ATTAC sieht sich in Zukunft großen Herausforderungen gegenüber. Zum einen wird es darum gehen, die gesellschaftspolitische Kritik, die von der Bewegung ausgeht, nicht durch zu starke Konzentration auf einzelne Reformschritte verstümmen zu lassen. Wichtig wird es sein, mit strategische BündnispartnerInnen eng zu kooperieren und abgestimmt zu handeln. Neue Strategien für nicht demokratisch legitimierte Akteure der neoliberalen Globalisierung müssen entworfen werden. Zentral ist die Schaffung von Alternativen zum neoliberalen Einheitsdenken und dabei die Balance zwischen Komplexität und Vereinfachung. In der Folge werden einige dieser Herausforderungen angerissen.

Nach der Menschenrechts-, der Frauen- und der Umweltbewegung wird nun Wirtschaftspolitik zum Thema. Soziale Bewegungen haben es geschafft, gewisse Fortschritte zu erreichen, allerdings sind diese Themen in den Mainstream-Diskurs übernommen und so gezähmt worden. Die Umweltkrise erscheint nun als managbar, Gender-Mainstreaming gehört zum Standardvokabular. Die gesellschaftspolitische Kritik, die von den Bewegungen ausgegangen ist, wurde marginalisiert und ist aus dem öffentlichen Bewußtsein wieder verschwunden. Auch die Gegnerschaft zum Neoliberalismus besteht aus einem Sammelsurium von Positionen und Meinungen⁶, und entwickelt sich – ähnlich dem Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ (siehe dazu Brand 2000b) – vom Begriff zu einem diskursiven Feld – und kann von jedem/r beliebig verwendet und interpretiert werden und wird dadurch zahnlos.

Die Erfolgsaussichten, die konkrete Wirtschaftspolitik kurz- bis mittelfristig zu verändern, sind angesichts der herrschenden Kräfteverhältnisse gering. Auch ist das Thema Finanzmärkte, im Gegensatz zu Themen wie z.B. Tierschutz oder Anti-Atomaktionen eher abstrakt und schwer emotionalisierbar. Es ist zu hoffen, dass die Energie und der lange Atem, der für Veränderungen benötigt wird, erhalten werden kann.

Kritik an Finanzmärkten kommt nicht nur von links. Im antisemitischen Diskurs wird zwischen „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital unterschieden, die Unterscheidung diente dazu, JüdInnen zu diskriminieren. Durch Thematisierung der Machtverschiebung hin zum Finanzkapital läuft ATTAC Gefahr, in die Nähe dieses Diskurses gerückt bzw. instrumentalisiert zu werden. Hier ist es wichtig, klarzustellen, dass es keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen Real- und Finanzkapital gibt. Die rasante Entwicklung der Finanzmärkte ist auf eine Überakkumulation im realen Sektor zurückzuführen, und darauf, dass aufgrund der fehlenden Regulierung und Besteuerung der Finanzanlagen Realinvestitionen nicht genügend Profit taussichten bieten können (siehe dazu z.B. Hufschmid 1999, Chesnais 1996).

Wichtige Akteure des finanzsektorgeleiteten Entwicklungsmodells befinden sich jenseits von konventionellen Lobbying-Adressaten wie Regierung, Verwaltung oder Parlament. Die Beeinflussung gestaltet sich hier noch schwieriger – vielleicht wegen noch zu wenigen Erfahrungen aber vor allem aufgrund von fehlender demokratischer Legitimationspflicht dieser Akteure – wie z.B. Zentralbanken, Multinationale Unternehmen, Medienkonzerne. Bei Unternehmen kann Druck v.a. durch negative Imagekampagnen ausgeübt werden – allerdings investieren diese mittlerweile beträchtliche materielle und personelle Ressourcen in die Imagewerbung. Dennoch können Kampagnen eine nicht unbeträchtliche Wirkung erzielen. Im Februar 2001 wurde bekannt, dass Pharmakonzerne eine Klage gegen Südafrika eingebracht hatten, um die Einstellung der Produktion von günstigen Aids-Medikamenten zu erzwingen. Die von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen durchgeführte Kampagne dagegen fand mehr Medienaufmerksamkeit als die Klage selbst und hatte zur Folge, dass die Pharmafirmen die Klage einstellten.

Zivilgesellschaft besteht nicht nur aus KritikerInnen des herrschenden Gesellschaftsmodells. Gerade Österreich ist kein leichtes Terrain für emanzipatorisches gesellschaftliches Handeln. Konflikt als legitime Form der politischen Auseinandersetzung findet nur langsam Eingang in die Köpfe. Insofern war es durch die ausgeprägtere politische Protestkultur in Frankreich für ATTAC einfacher, schnell viele UnterstützerInnen zu finden. Es ist abzuwarten, wieviel Raum es in einer Gesellschaft wie der österreichischen für neue Bewegungen wie ATTAC geben, wieviel Unterstützung bzw. Ablehnung entgegengebracht werden wird.

Die diskursive Herausforderung besteht in der Kritik des Einheitsdenkens mit seinen totalitären Implikationen. Im hegemonialen Diskurs werden gesellschaftliche Probleme auf simple Marktanpassungshandlungen vereinfacht. KritikerInnen stehen deshalb vor der Frage, ob sie dem ebenfalls mit Vereinfachungen entgegnetreten sollen oder doch mit Aufklärung über komplexe Zusammenhänge (vgl. Artikel Novy, Nossek in diesem Heft).

Es gilt, eine Balance zu finden zwischen Komplexität und Vereinfachung, zwischen Reformvorschlügen und grundsätzlichem Infragestellen, zwischen fachlichen Inputs für internationale Konferenzen und zwischen radikalem Auftreten und Mobilisierung einer breiten Basis und zwischen großen Aktionen und konstantem Arbeiten im Kleinen.

Manche linke KritikerInnen sprechen neuen zivilgesellschaftlichen Bewegungen wie ATTAC jede Chance zur Veränderung ab, sie seien eine Endmoräne einer historisch erlebten Illusion (...) der Gegenstand wird systematisch verfehlt, wenn einem nichts anderes einfällt, als die an das nationalstaatliche Bezugssystem gebundene Form politischer Regulation auf die transnationale Ebene übertragen zu wollen. (...) [denn der] Kapitalismus hat durch die Globalisierung das strukturelle Verhältnis von Politik und Ökonomie aufgebrochen und damit seine eigene Regulationsfähigkeit irreversibel zerstört (...) (Kurz 2000: 244)

Die Alternativen, die hier noch bleiben, sind Kapitulation oder Revolution – Ersteres erscheint mir nicht sinnvoll, Zweiteres nicht realisierbar.

Ein alternatives, emanzipatorisches Gesellschaftsprojekt kann man nicht aus dem Hut zaubern. ATTAC bietet keine Erlösungsformeln an, sondern schlägt Reformen des bestehenden Systems vor. Der Reformismus muss aber radikal genug sein, um nicht wie oben angeführt zahnlos zu werden.

Eine gründliche Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mechanismen, die dem finanzsektorgeleiteten Entwicklungsmodell zugrunde liegen, eine Festigung der theoretischen Grundlagen sowie die Klärung politischer Grenzen sind unumgänglich. Dabei muss die Frage im Zentrum stehen, wie eine Gesellschaft aussehen kann, die eine andere Triebkraft hat als zerstörerischen Wettbewerb und Gewinnmaximierung und wo das Ziel von Politik die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse aufgrund von demokratisch bestimmten Prioritäten ist. Hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt und eine Verbindung für die kritische Wissenschaft.

Abstracts

The article gives a brief history of ATTAC as an example for a new movement of international civil society and describes the political and economic conditions for its formation. It analyses chances and challenges for new civil society movements. Reasons for the success of ATTAC are dissatisfaction with the propagated lack of alternatives to the current form of globalization, lack of democratic participation as well as the decreasing integrative potential of membership in political parties. To express demands at an international level is a sign for new forms of political action as globalization is taking place. However, the state remains an important addressee for demands of civil society. The most important challenge lies in the creation of an alternative discourse to the neoliberal thinking and in maintaining a reformism which is radical enough not to be swallowed by the mainstream discourse.

Der Artikel beschreibt die Entstehungsgeschichte von ATTAC als Beispiel für eine neue Bewegung der internationalen Zivilgesellschaft und geht auf die politökonomischen Voraussetzungen der Gründung ein. Weiters werden Chancen und Herausforderungen für neue zivilgesellschaftliche Bewegungen beleuchtet. Gründe für den großen Zulauf zu ATTAC liegen in der Unzufriedenheit mit der propagierten Alternativenlosigkeit zur derzeitigen Form der Globalisierung, den fehlenden demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten und im Verlust der gemeinschaftsbildenden Funktion der politischen Parteien. Die Artikulation von Forderungen auf internationaler Ebene ist auch ein Zeichen für veränderte politische Handlungsmuster in Zeiten der Globalisierung. Der Nationalstaat bleibt dennoch ein wichtiger Adressat für zivilgesellschaftliche Forderungen. Die wichtigste Herausforderung liegt in der Schaffung eines alternativen Diskurses zum neoliberalen Einheitsdenken und in der Beibehaltung eines Reformismus, der radikal genug bleiben muss, um nicht vom Mainstream-Diskurs vereinnahmt zu werden.

Anmerkungen

- 1 Entwürfen der Märkte.
- 2 Die genauen Forderungen siehe <http://www.attac.org/fra/themes/propositions.htm>, für Österreich: <http://www.attac.org/austria/deklaration.html>.
- 3 Eine Ausnahme stellt hier einzig die EU dar, auf die diese Kompetenzen übertragen wurden.
- 4 Wie z.B. die Bemühungen der Einigung über einheitliche Zinsenbesteuerung im EU-Ministerrat oder die Dominanz der USA in den Bretton Woods Institutionen zeigen.
- 5 „Globaler Süden“ könnte man definieren als die Menschen, die vom derzeitigen Wirtschaftssystem negativ betroffen sind.
- 6 Siehe dazu die Einleitung von Andreas Novy in diesem Band.

Literatur

- Brand, Ulrich et al. 2000a. *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich. 2000b. *Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Chesnais, François. 1996. *La mondialisation financière*. Paris: Syros.
- Chesnais, François. 2000. *Die Zukunft der Anti-Globalisierungsbewegung*. Unveröff. Manuskript.
- George, Susan. 2000. „A Short History of Neoliberalism“. In: Bello, Walden et al. *Global Finance*. London/USA: Zed Books Ltd.
- Hirsch, Joachim. 1995. *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin: ID-Verlag.
- Hufschmidt, Jörg. 1999. *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Jahn, Thomas. 1997. „Nachhaltigkeit als ein sozialwissenschaftliches Konzept“. *Unesco heute*, 97/II–II, 82.
- Kurz, Robert. 2000. „Wunschzettel an den Weihnachtsmann“. *iz3w*, 4/2000, 244.

- Novy, Andreas. 1996. „Zivilgesellschaft, Hoffnung oder Trojanisches Pferd?“ *Kurswechsel*, 1/96, 26–38.
- Rogowski, Michael. 2001. „Handelspolitik ist nicht Sozialpolitik“. *Frankfurter Rundschau*, 12.3.2001.
- Stockhammer, Engelbert. 2000. „Krise oder finanzdominiertes post-fordistisches Akkumulationsregime?“ *Kurswechsel*, 4/2000, 41–53.
- Tobin, James. 1978. „A Proposal for International Monetary Reform“. *Eastern Economic Journal*, Vol. 4, 153–159.

www.attac.org

www.attac.org/austria

Karin Küblböck, OEFSE, Austrian Foundation for Development Research, Berggasse 7, A-1090 Wien
e-mail: k.kueblboeck@oefse.at